

Informationen aus der letzten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 22.09.2020

1. Bericht über die in der letzten nicht-öffentlichen Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse

Die Breitbandverlegung in der Rheinstraße wird unabhängig von einer ursprünglich angedachten Straßensanierung durchgeführt, da lediglich geringe Synergieeffekte bestehen.

Ein Ingenieurbüro ist mit der Überplanung der Rheinstraße bereits beauftragt die Planung wird angegangen.

Die technischen Möglichkeiten einer gesplitteten Erschließung der Lindenstraße sowie die daraus resultierenden Kosten sollen mit einem Ingenieurbüro geklärt werden.

Dem Erwerb des Sparkassengebäudes, welches innerhalb des Sanierungsgebietes Ortsmitte liegt, wurde zugestimmt.

Zum 15.09.2020 wurde eine Stelle im Info-Büro des Rathauses neu besetzt.

Zum 01.10.2020 wird eine neue Kraft für das Ordnungswesen eingestellt.

2. Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

3. Lärmaktionsplan Straßenverkehr nach § 47 BImSchG - Sachstandsbericht - Weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 21.01.2020 das Büro Modus Consult, Dr. Frank Gericke GmbH, Bruchsal, mit der Erstellung eines Lärmaktionsplans Straßenverkehr nach §47d BImSchG beauftragt.

Maßnahmen, welche im Lärmaktionsplan festgesetzt sind, sind durch die zuständigen Behörden oder nach anderen Rechtsvorschriften durchzusetzen. Hieraus ergibt sich eine interne Bindungswirkung für alle Träger öffentlicher Verwaltung.

Nach dem Gesetz müssen Lärminderungspläne für sämtliche Hauptlärmquellen und Ballungsräume aufgestellt werden. Ein Lärminderungsplan besteht aus zwei Teilen. Der Lärmkartierung, in welcher in der aktuell 3. Runde alle verkehrswichtigen Straßen mit mehr als 3 Mio. Kfz pro Jahr abgebildet werden, und dem Lärmaktionsplan, der weitere Straßen in Aktionsbereiche und Maßnahmenplanung aufnehmen kann; dieser ist alle 5 Jahre zu aktualisieren.

Nachdem für das Gemeindegebiet Steinmauern vom Land Baden-Württemberg keine Daten der Lärmkartierung der 3. Runde vorliegen, hat das Büro Modus Consult ein 3-dimensionales Berechnungsmodell für das Gemeindegebiet erstellt. Auf Basis von Verkehrserhebungen im Hauptstraßennetz der Gemeinde sowie Aufnahmen zulässiger Geschwindigkeiten, Steigungen sowie Straßenoberflächen, wurden die erforderlichen Nachberechnungen durchgeführt, eine Betroffenheitsanalyse erstellt und die möglichen Lärmbrennpunkte/Hot-Spot-Bereiche ermittelt. Zudem wurden konkrete Vorschläge zur kurz- und mittelfristigen Lärminderung erarbeitet.

Als kurzfristige Maßnahmen in Form eines **ganztägigen Tempo 30** werden vorgeschlagen:

Elchesheimer Straße (L 78a): zwischen Elchesheimer Straße 37 und Hauptstraße,
Hauptstraße (L 78a): zwischen Rheinstraße und Plittersdorfer Straße,
Hauptstraße (K 3740): zwischen Plittersdorfer Straße und Hauptstraße 1E (Gemarkungsgrenze).

Als mittel- bis langfristige Maßnahmen in Form einer **Fahrbahnsanierung mit lärmoptimierten Asphalt** werden vorgeschlagen:

Elchesheimer Straße (L 78a): zwischen Niederzaistraße und Hauptstraße,
Hauptstraße (L 78a): zwischen Rheinstraße und Plittersdorfer Straße,
Hauptstraße (K 3740): zwischen Plittersdorfer Straße und Hauptstraße 1.

Der Sachstand des Lärmaktionsplans und die vom Ingenieurbüro Modus Consult erstellten Daten und Ergebnisse wurden in der Gemeinderatssitzung von Herrn Reichert, einem Vertreter des Büros, präsentiert und im Detail vorgestellt.

Im weiteren Verfahren ist vorgesehen, den Verfahrensablauf der Lärmaktionsplanung an der Bauleitplanung zu orientieren und den Gemeinderat aktiv in den Planungsprozess einzubinden.

Etwaige verkehrsrechtliche Maßnahmen im Rahmen der Planung bedürfen zusätzlich einer verkehrsrechtlichen Anordnung und gelten nicht unmittelbar. Der Kooperationserlass des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg stärkt in diesem Punkt die Kommunen und billigt ihnen Entscheidungskompetenz zu. Voraussetzung ist jedoch, dass ein ordnungsgemäßes Aufstellungsverfahren für den Lärmaktionsplan mit gründlicher Abwägung im Rahmen des Ermessensspielraumes stattgefunden hat.

Die Frage aus dem Gemeinderat ob man die Einhaltung des vorgestellten Grenzwerts von 65 db als Bürger einklagen kann, wird verneint. Auslöser für die Lärmaktionsplanung sind Grenzwerte des Landes, hieraus lässt sich kein Anspruch ableiten, da die EU Umgebungslärmrichtlinie keine Grenzwerte führt.

Von Seiten des Gemeinderates wird außerdem angefragt, ob die absehbare 30er Zone bereits mit der Straßenverkehrsbehörde verhandelt werden kann. Laut Auskunft der Verwaltung ist hier jedoch die Abwägung mit den Trägern öffentlicher Belange abzuwarten. Bei der nächsten Verkehrsschau wird diese jedoch angesprochen.

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand und die Maßnahmenvorschläge zum Lärmaktionsplan zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt den Lärmaktionsplan aufgrund der abgestimmten Maßnahmenvorschläge fertigzustellen.

Anschließend erfolgt die Beschlussfassung durch den Gemeinderat.

4. **Kommunales Energiemanagement -Anschaffung eines Energiecontrolling-Systems**

Im Rahmen des Energieeffizienznetzwerkes RegioEnergie haben sich mehrere Netzwerkkommunen zur Einführung eines Kommunalen Energiemanagements (KEM) zusammengeschlossen.

Gemeinsam wurde ein Angebot bei der EnBW eingeholt.

Geplant ist die Einführung eines Energiemanagementsystems, welches eine cloudbasierte Erfassung, Visualisierung, Analyse sowie Controlling der Energieverbrauchsdaten der bedeutendsten kommunalen Liegenschaften bietet.

Hierfür werden zunächst die Stammdaten der betroffenen Liegenschaften sowie die historischen Verbrauchsdaten erfasst. Außerdem werden die bisher durchgeführten Energieeffizienzmaßnahmen aus dem RegioEnergie Netzwerk in das Energiemanagementsystem überführt.

Anschließend werden die Gebäude mit digitalen Verbrauchszählern zu Strom, Gas, Wasser und Wärme ausgestattet, die eine automatisierte Übertragung der Verbrauchsdaten in das Energiemanagementsystem ermöglichen. Die hieraus ersichtlichen Verbrauchszahlen liefern einen guten Überblick zum energetischen Zustand der Gebäude sowie erste Anhaltspunkte zu Einsparpotenzialen.

Die Maßnahme wird im Rahmen des Förderprogramms „Klimaschutz-Plus“ des Landes Baden-Württemberg gefördert. Der Fördersatz beträgt 50%.

Folgende Kosten/Fördersätze ergeben sich anhand der aktuellen Angebote:

- Einführung Kommunales Energiemanagement inklusive Software:
17.400 EUR (davon Anteil Gemeinde 8.700 EUR) verteilt über 3 Jahre
- Beschaffung von digitalen Zählern
4.543 EUR (davon Anteil Gemeinde 2.271,50 EUR)

Die Gesamtkosten betragen somit 21.943 EUR, der Zuschuss beträgt 10.971,50 EUR.

Nach erfolgreicher Einführung ist mit laufenden jährlichen Kosten von ca. 1.000 EUR zu rechnen.

Mit dem KEM sollen weitere Energieeinsparungen und somit Minderungen beim Ausstoß von CO₂ verwirklicht werden. Damit wird neben dem Einsparen von Energiekosten auch die Umwelt entlastet.

Neben den finanziellen Aspekten wird mit dem KEM eine ämterübergreifende Koordination aller energierelevanten Aufgaben ermöglicht. Unter anderem kann das jährliche Energieberichtswesen einfach mit der Software umgesetzt werden.

Durch die intelligente Messtechnik lassen sich Störungen frühzeitig aufdecken und potentielle Folgeschäden dadurch vermeiden.

Ein Gemeinderat fragt nach, nach welchen Kriterien die 14 ausgewählten Liegenschaften bei der Anbindung an die Energiemanagement-Software gewählt wurden. Laut Auskunft der Verwaltung handelt es sich bei diesen Liegenschaften um die verbrauchsstärksten Gebäude und Einrichtungen, welche im gesamten Kommunalen Verbrauch 80% ausmachen.

Es wird nachgefragt, ob die Verbrauchsdaten der angebotenen Liegenschaften manuell abgelesen werden müssen, um diese in die Software einzuspielen. Dies wird bejaht, die Ablesung kann im Rahmen von turnusmäßigen Gebäudebegehungen durch den Hausmeister vorgenommen werden.

Der Gemeinderat beschließt bei einer Gegenstimme die Einführung des kommunalen Energiemanagements für die Gemeinde Steinmauern. Die Verwaltung wird beauftragt den Auftrag an EnBW zu erteilen, sowie das weitere Vorgehen abzustimmen. Im nächsten Jahr soll über den Stand der Umsetzung berichtet werden.

5. Unterstützung Volksschauspiele Ötigheim -Spende der Gemeinde Steinmauern

Die Volksschauspiele an Deutschlands größter Freilichtbühne in Ötigheim können in diesem Jahr aufgrund der Corona Pandemie nicht stattfinden. Jährlich werden die Veranstaltungen von bis zu 100.000 Besuchern besucht, die komplett weggebrochen sind. Von einem Defizit von insgesamt 750.000 EUR wird ausgegangen. Diese Mittel fehlen in 2020 und es ist nicht davon auszugehen, dass diese Lücke im Jahr 2021 wieder aufgeholt werden kann. Um die weiterhin laufenden Kosten auszugleichen, haben die Verantwortlichen eine Spendenaktion gestartet.

Zweifelsohne sind die VSÖ eine Besonderheit in unserer Region mit hoher Anziehungskraft. Auch kulturell strahlt die VSÖ in die Region und das Umland aus. Bekanntlich sind aus Steinmauern einige Bürgerinnen und Bürger aktiv mit dabei, zahlreiche Menschen nutzen das vielfältige kulturelle Angebot.

Deshalb sehen die Verwaltung und der Gemeinderat eine nachbarschaftliche Unterstützung für angemessen. Eine Spende in Höhe von 1.000 EUR an die Volksschauspiele Ötigheim wird vorgeschlagen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Volksschauspiele Ötigheim mit einer Spende in Höhe von 1.000 EUR zu unterstützen.

6. **Berichte und Anfragen**

Anfragen: Keine.

Berichte:

Erlaubnis zum Betrieb einer Schiffsumladestation:

Der Firma Valett und Ott wurde der Betrieb einer Schiffsumladestation genehmigt.

Brief des Elternbeirates zur Erhöhung der Kindergarten- und Hortgebühren:

Der Elternbeirat hat in einem Brief darum gebeten, bei künftigen Gebührenerhöhungen die Sozialverträglichkeit der geplanten Erhöhung mit in die Entscheidung einfließen zu lassen.

Abschiedsworte zur letzten Gemeinderatssitzung von Bürgermeister Schaaf

Nach Beendigung des offiziellen Teils der Sitzung ergreift Bürgermeister-Stellvertreterin Weisenburger das Wort. Sie bedankt sich bei Bürgermeister Schaaf für die stets loyale Zusammenarbeit sowie für sein Engagement und seine Verdienste zum Wohle der Gemeinde.

Unter anderem nennt Sie die vielen Projekte die unter Schaafs Führung in unzähligen Rats- und Ausschusssitzungen entwickelt und zuwege gebracht wurden. Als Höhepunkt nennt sie die Auszeichnung mit der Goldmedaille auf Landesebene bzw. der Silbermedaille auf Bundesebene im Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft".

Anschließend überreicht Sie eine Bonbonniere Merci Schokolade, an der er sich hoffentlich bald mit Wohlbehagen "laben" möge.

Bürgermeister Schaaf betont, dass Ihm die Tätigkeit als Ortsoberrhaupt meist Freude gemacht habe. Er blickt nun auf 28 Jahre und 3 Monate zurück und rechnet vor, das dies bei rund 3 Sitzungen im Monat rund 1000 Sitzungen oder 84 Tagen entspreche, die er innerhalb seiner Amtszeit an Sitzungen teilnahm.

Bei einem Umtrunk im Gruppenraum ließ man anschließend die letzte Gemeinderatssitzung ausklingen.